

Rieserer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschiff: Tagesblatt Rieser.
Jahrgang Nr. 20.

Das Rieserer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichert.

Postfachkonto: Dresden 128
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 258.

Donnerstag, 5. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieserer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Hoken. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebeleges sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zehnwöchiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Wähler an der Spitze“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenabdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Rieser.

Die neue Situation.

Berlin. Reichskanzler Dr. Luther hat nunmehr auch die Führer der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Demokraten empfangen, um ihnen über die Entschlüsse der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien zu berichten. Sehr ausführlich waren die Besprechungen Dr. Luthers mit den deutschnationalen Führern, die von dem Kanzler Aufschluß darüber verlangten, inwieweit er sich dem Standpunkt der Parteien anschließen, daß die Deutschnationale Partei von der Mitarbeit an den Regierungsgeschäften ausgeschlossen werden solle. Zur übrigen aber teilten die deutschnationalen Vertreter mit, daß sich an der sachlichen Einseitigkeit der deutschnationalen Instanzen zu dem Vertragswerk von Locarno nichts geändert habe.

Über alle Einzelheiten der Besprechungen des Kanzlers mit den Führern der außerhalb der Regierung stehenden Parteien wird von den offiziellen Kreisen strengstes Stillschweigen bewahrt. Man kann daher nicht nachprüfen, ob die in den politischen Kreisen verbreiteten Gerüchte, wonach Dr. Luther den Führern der Linksparteien ausdrücklich versichert haben soll, daß er für seine Person keinerlei Einwendungen gegen eine etwa zweckmäßig werdende Umbildung der Regierung erhebe, als glaubwürdig hingestellt werden dürfen. Die führenden Demokraten sind allerdings der Überzeugung, daß es jetzt möglich sein wird, auf Grund der Initiative des Zentrums eine Basis für die Bildung einer neuen Regierungskoalition zu schaffen.

Zur gleichen Zeit, in der der Reichskanzler mit den Führern der Parteien verhandelt, war Rittwisch die Zentrumsfraktion versammelt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Wie verlautet, hat sich die Mehrheit der Zentrumsfraktion auf den Standpunkt gestellt, daß eine Wiederbetätigung der Deutschnationalen an der Reichsregierung für das Zentrum nicht in Frage kommen dürfe und daß man nunmehr entschlossen sei, mit den anderen Parteien in Fühlung zu treten, um nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Regierung Luther eine neue parlamentarische Konstellation zustande zu bringen. Wie wir hören, glaubt das Zentrum ernsthaft, daß es gelingen könnte, bis zur Abstimmung über die Locarno-Verträge eine Einigung zwischen den beteiligten Parteien zustande zu bringen und daß es heute noch nicht sicher ist, ob das Kabinett Luther in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die parlamentarische Entscheidung über die Annahme der Locarno-Verträge herbeiführen wird. Die Uebereinstimmung, die zwischen dem Kanzler und den Führern der Regierungsparteien über die außenpolitische Lage, erstellt worden ist, beschränkt sich lediglich auf die Feststellung, daß die gegenwärtige Regierung solange im Amt bleiben müsse, bis der Laubhand aller mit den Locarno-Verträgen zusammenhängenden Fragen hinreichend geklärt ist. Wenn dieses Ziel erreicht ist, könnte nach Auffassung der Zentrumsfraktion sofort eine Klärung der parlamentarischen Lage herbeigeführt werden, noch ehe die Gegenseite zum Ausbruch kommen, die zwischen der Regierung Luther und denjenigen Parteien bestehen, von deren Zustimmung die Durchführung der Locarno-Politik abhängig ist.

Die Führer der Deutschen Volkspartei haben zu der Stellungnahme des Zentrums noch keinerlei Meinungsäußerungen abgegeben. Es fragt sich noch, ob die Deutsche Volkspartei sich in der Lage fühlen wird, an den interfraktionellen Besprechungen mit den Linksparteien teilzunehmen, die jetzt auf Wunsch des Zentrums abgehalten werden sollen. Auf der anderen Seite ist gegenwärtig noch nichts erfolgt, was zu einer Wiederannäherung zwischen Volkspartei und den Deutschnationalen führen könnte, so daß die Handlungsfreiheit der Deutschen Volkspartei gegenüber den innenpolitischen Fragen zweifellos gegeben ist. Man wird abwarten müssen, welchen Gebrauch die Deutsche Volkspartei in den nächsten Wochen von dieser Handlungsfreiheit machen wird.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit England.

Berlin. Die Tatsache, daß eine deutsche Delegation für wirtschaftliche Fragen in London eingetroffen ist, hat zu den irreführenden Meldungen geführt, daß es sich um Verhandlungen über einen Handelsvertrag handelt. Der deutsch-englische Handelsvertrag ist bereits im August d. J. abgeschlossen worden. Die jetzigen Besprechungen dienen lediglich der Beseitigung einiger Beschwerden im Rahmen des Handelsvertrages. In diesem war vorgesehen worden, daß weitere Verhandlungen stattfinden könnten, wenn sich die eine der beiden vertragsstehenden Parteien über die Handelspolitik der anderen nach Abschluß des Handelsvertrages beschweren zu können glaubte. Dieser Fall wäre denkbar, wenn eine Partei irgendwelche Maßnahmen im Rahmen ihrer Handelspolitik ergreife, die die andere Partei als gegen sich gestellt gerichtet ansehen könnte. England hat nun seine Schutzpolitik fortgesetzt aus, z. B. in Bezug auf Postpapier, Kleinfußwaren usw. Maßnahmen auf diesem Gebiete richten sich gegen die deutschen Waren, und daher hat Deutschland ein Interesse daran, von seinen Rechten aus dem Handelsvertrag Gebrauch zu machen. Die Engländer andererseits beschwerten sich noch darüber, daß gewisse Waren auf der Höhe unserer Einfuhrverbote stehen. Aus diesen beiderseitigen Beschwerden ist der Wunsch entstanden, im November über diese Dinge zu verhandeln.

Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin. Im Anschluß an den Empfang der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung durch den Reichskanzler fanden am Mittwoch nachmittags Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Parteien statt, die nicht der bisherigen Regierungskoalition angehören. Zunächst wurde der Abg. Koch-Beyer als Vertreter der Demokratischen Reichstagsfraktion empfangen. Er teilte dem Reichskanzler mit, daß die Demokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zum Vertrag von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig macht. Sie wird sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzen. Sie fordert eine Innenpolitik, die der Festigung der Republik dient und ein Reichskabinett, das sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen.

Für die Deutschnationale Reichstagsfraktion war der Fraktionsvorsitzende Graf Bekker erschienen. Ihm berichtete der Reichskanzler über die gegnerischen Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien und über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage. Die Besprechung hatte nur informativen Charakter.

Den gleichen Verlauf nahm die Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Müller-Franken, Breißlich und Pfisterding. Auch diesen Herren gab der Reichskanzler Informationen über die augenblickliche politische Lage, die noch ergänzt wurden durch Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der Aufklärung gab über den guten Fortgang der Verhandlungen mit den anderen Mächten. Die sozialdemokratischen Führer nahmen diese Informationen entgegen, ohne dazu im Augenblick Stellung zu nehmen; eine Entscheidung wird erst in der Fraktionsversammlung der Sozialdemokraten am Freitag nachmittag erfolgen.

Ein Empfang der Führer der BVP und der Kommunisten war, wie wir weiter aus parlamentarischen Kreisen hören, nicht vorgesehen.

Über die Nachmittagsfraktion der Zentrumsfraktion des Reichstags ist noch zu berichten, daß sich die Besprechungen um den eventuellen Wiedereintritt des Reichskanzlers a. D. Wirth in die Reichstagsfraktion drehten. Trotz des von vielen Seiten vertretenen vermittelnden Standpunktes konnte es naturgemäß zu keiner Entscheidung kommen, da Dr. Wirth zurzeit noch nicht in Deutschland anwesend ist; die endgültige Entscheidung dürfte daher erst auf dem Parteitag in Gassel fallen.

Der Mittelstand und der Preisabbau.

Eine Konferenz beim Reichskanzler.

Berlin. Beim Reichskanzler Dr. Luther fand heute mit den Führern des Berliner Kartells des selbständigen Mittelstandes eine Preisabbaukonferenz statt. Reichstagsabg. Dreiwitz legte die Wünsche des Kartells vor und sprach die Vermutung darüber aus, daß man einseitig gegen den Mittelstand bei der Preisfestsetzung vorgehe. In der Aussprache ergriffen Reichskanzler Dr. Luther, der Reichsfinanzminister und der stellvertretende Reichswirtschaftsminister das Wort. Der Reichskanzler verwahrte sich im besonderen gegen den Vorwurf, daß die Konsumvereine einseitig behandelt, d. h. bevorzugt werden seien. In längeren Ausführungen hat er die Vertreter des Handwerks, die Preisentwertungsmaßnahmen der Reichsregierung nach allen Richtungen zu unterstützen, da der Regierung die Aufgabe nicht leicht gemacht würde. Die anwesenden Vertreter von Handwerk und Kaufmannschaft sagten ihre Mitarbeit auch zu, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Kontrollmaßnahmen in andere Bahnen gelenkt würden, wie bisher. Es wurden dann noch einige andere Fragen besprochen. Nach etwa zweistündiger Aussprache erklärte die Reichsregierung zu, daß sie sich mit der deutschen Regierung, und den anderen Ländern in Verbindung setzen würde, um die zurzeit bestehenden Kontrollmaßnahmen anders zu gestalten.

Zum deutsch-italienischen Handelsvertrag.

Mailand. Der Sole, das bedeutendste Handelsblatt Italiens, schreibt über den deutsch-italienischen Handelsvertrag, daß die der deutschen Industrie gewährten Konzessionen die der italienischen Landwirtschaft angekauften Vorteile weit überwiegen. Als Resultat des Vertrags sei eine Verbesserung der Handelsbilanz Deutschlands zu erwarten. Wenn jetzt auch die Ausfuhr einiger Agrarprodukte nach Deutschland gesichert sei, so spiele dieser bescheidene Nutzen im Wirtschaftskomplex Italiens nur eine geringe Rolle. Für Deutschland sei die Gewährung der Reichsbegünstigung von unmittelbarer größter Bedeutung, da Italien bereits eine große Anzahl Handelsverträge mit besonderen Konzessionen an die einzelnen Länder abgeschlossen und über diese Konzessionen hinaus sich zu weiteren zahlreichen Zollreduktionen an Deutschland verstanden habe. Für Italien dagegen warte sich die Gewährung der Reichsbegünstigung erst dann aus, wenn Deutschland der Abschluß von anderen Handelsverträgen gelingen sei. Die italienischen Industriellen, auch die am meisten betroffenen, seien gewillt, die ihnen durch den Vertrag ausfließende Opfer zu tragen in der Erkenntnis, daß die gesamte Wirtschaftslage des Landes eine andere Lösung nicht gestattet.

Eine amtliche Erklärung zu angeblichen Neußerungen Schieles.

Berlin. Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Ueber Neußerungen des Reichsministers Schiele bei den Besprechungen des Reichskabinetts zum Ergebnis von Locarno sind in einigen Presseorganen ungenau und unbedeutend erforderten Verantwortlichkeit der Kabinettsberatungen unrichtige und irreführende Darstellungen gegeben worden. Da dem aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Minister infolge der Schweigepflicht keine Möglichkeit zur Klärung gegeben ist, soll im vorliegenden Fall aus Gründen der Loyalität amtlich zu den genannten Pressemitteilungen Stellung genommen werden.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 2. November wird mitgeteilt, der Reichsminister des Innern habe in einer Kabinettsitzung vom 22. Oktober 1925 gesagt: Wenn ich gefragt werde, ob ich das Werk von Locarno billige, so antworte ich mit einem lauten, freudigen „Ja“.

In der Sitzung vom 22. Oktober, deren Ergebnis der inoffiziellen der Öffentlichkeit bekanntgegebene Kabinettsbeschluss war, ist eine Neußerung, auf die sich das oben erwähnte Zeitungszitat beziehen könnte, nicht gefallen. Dagegen hat Reichsminister Schiele im Verlauf des Ministerrats vom 19. Oktober, nachdem der Reichsaußenminister zum ersten Male über das Ergebnis von Locarno berichtet hatte, geäußert, er halte es für erforderlich, daß vor einer Billigungserklärung des Reichskabinetts den Ministern Einsicht in die gesamten Unterlagen gegeben werden müsse. Er könne aber schon jetzt sagen, daß er mit lautem „Ja“ antworten werde, wenn es sich um die allgemeine Billigung der Arbeit der Delegation im Sinne der Richtlinien des Kabinetts handle.

Die Mitteilung des Hamburgischen Korrespondenten vom 3. November, Reichsminister Schiele habe bei seinem Abschiede aus dem Kabinett „es auf das tiefste bedauert, daß die Fraktion den Druck der Heißsporne und unverantwortlichen Landesverbandsvorsitzenden nachgegeben hätte“, ist weder dem Wortlaut noch dem Inhalte nach zutreffend.

Um das Kabinett Painlevé.

Paris. Vor der Dienstagabend in der Kammer erfolgten Abstimmung über die Vertrauensfrage hat der dem linken Flügel der sozialistischen Partei angehörende Abgeordnete Paul Faure eine Erklärung abgegeben, in der er der Regierung Painlevé den Vorwurf des Schwandens und der Skepsis macht und weiter sagt, die Regierungswürde der Regierung seien zu wagen, es bestehe keine Hoffnung, daß die angekündigte Militärreform bald durchgeführt werden werde. Die Marokkofrage hätte dem Völkerverbund überwiesen werden sollen; auch was Syrien anlangt, so sei baldiger Frieden notwendig. Im Namen der Kabinettsfraktion verlas dann der Abgeordnete Paul Bakis eine Erklärung, in der die Partei auf die Beschlüsse des Kongresses in Niassa hinweist und ihre Treue zum Kartell der Linken betont. Painlevé erklärte darauf, die Regierung, die die Vertrauensfrage abgelehnt habe, werde sich in aller Kürze über alle Fragen ausdrücken und insbesondere beweisen, daß ihr Verhalten in Marokko keinen Vorwurf verdiene, und daß keine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt sei, mehr für die Menschheit und die nationale Sicherheit hätte tun können als seine Regierung. Er rufe deshalb alle gewissenhaften Republikaner auf, sie möchten sich nicht vom demokratischen Ideal trennen. Ebenso fordere er auch von denen, die kein Vertrauen zur Regierung hätten, ihm das baldige Entgehen. Darauf wurde zur Abstimmung geschritten, deren Ergebnis bereits gemeldet wurde.

Die 189 Abgeordneten, die gegen das Kabinett Painlevé sich ausgesprochen, setzen sich zusammen aus 90 Mitgliedern, die keiner Partei angehören, 103 Mitgliedern der demokratisch-republikanischen Vereinigung, 14 Demokraten (Einfach- und Doppeltstimmer), 19 Mitgliedern der demokratisch-republikanischen Linken, 7 Linksrepublikanern und 20 Kommunisten. Im Ganzen haben sich 186 Abgeordnete der Stimme enthalten, und zwar 99 Sozialisten, 9 sozialistische Republikaner sowie 9 Mitglieder der radikalen Linken, 25 Linksrepublikaner, 17 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Vereinigung, drei, die keiner Partei angehören und drei Radikale. 1 Mitglied hat sich mit Entschuldigung gefehlt.

Ergänzend berichtet, einige Mitglieder der demokratisch-republikanischen Gruppe, deren Zahl aber wohl kaum 5 oder 6 betrage, darunter die ehemaligen Minister Le Trocquer, Colrat und Landry, hätten geherrt für das Kabinett Painlevé gestimmt.

Eine Rede Mussolinis.

Rom. In einer Rede, die Mussolini gestern nachmittags im Colosseum-Theater zur Feier des Sieges von Vittorio Veneto hielt, suchte er zunächst den Kriegseintritt Italiens zu rechtfertigen. Alsdann betonte er die Unentbehrlichkeit der italienischen Grenzen am Brenner und am Krainer Schneeberg und sagte, daß das italienische Volk in den Krieg gehen würde, falls diese Grenzen in Gefahr wären. Er und seine Regierung seien für den Frieden, aber man dürfe nicht vergessen, daß unmittelbar nach Locarno Kanonendonner auf dem Balkan gehört worden sei. Kanonendonner erschalle auch heute noch über das Mittelmeer herüber. Italien müsse deshalb ein hartes Meer, eine starke Marine und eine die Welt beherrschende Flotte besitzen.